



# Berliner Erklärung

Deutschlandweites Bündnis zur Gleichstellung



## Pressearchiv 2011

Berliner Erklärung  
c/o K61 – FidAR e. V.  
Kurfürstendamm 61  
10707 Berlin

## **11.07.2011 - Pressemitteilung überfraktionelle "Initiative der Frauen" für Quote in Aufsichtsräten**

Die stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Ekin Deligöz, und SPD, Dagmar Ziegler, erklären: Gemeinsam mit Ingrid Fischbach und Rita Pawelski (beide CDU), Caren Marks (SPD) und Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) haben wir die Initiatorinnen der E-Petition "Gleichstellungsrecht " Erhöhung des Frauenanteils und gesetzliche Mindestquote für die Aufsichtsräte" zu einem Gespräch eingeladen. Die Resonanz war groß und in zentralen Punkten bestand Einigkeit. Am Ende unserer Sitzung wurde eine überfraktionelle Initiative der Frauen ins Leben gerufen.

Von den sechs beteiligten Verbänden, die die E-Petition tragen, sind fünf unserer Einladung gefolgt: die Hauptpetentin Monika Schulz-Strelow, Präsidentin des Vereins "Frauen in die Aufsichtsräte", der Deutsche Juristinnenbund, vertreten durch seine Präsidentin Jutta Wagner. Des weiteren nahmen die Präsidentin Henrike von Platen von Business and Professional Women Germany, die Geschäftsführerin Carlotta Köster-Brons des Verbandes der deutschen Unternehmerinnen sowie die Vorstands-Sprecherin Rena Bargsten von European Women's Management Development am Gespräch teil. Komplettiert wurde unsere Runde durch weitere Vertreterinnen der Verbände und zahlreiche Kolleginnen aus unseren Bundestagsfraktionen.

In folgenden zentralen Punkten besteht Einigkeit:

1. Wir brauchen eine gesetzliche Quote für Frauen in Aufsichtsräten, weil freiwillige Selbstverpflichtungen keine Wirkung entfalten, wie die vergangenen Jahre gezeigt haben.
2. Nur mit vereinten Kräften können wir unser Ziel erreichen. Um unsere Sache zum Erfolg zu führen, brauchen wir eine starke gesellschaftliche und politische Allianz.

Deshalb haben wir weitere Schritte vereinbart. Ein nächstes Treffen wird im Herbst stattfinden. Die bei der Veranstaltung nicht anwesenden Fraktionen von FDP und DIE LINKE sind herzlich eingeladen sich anzuschließen. Weitere Verbände und Vereinigungen, die gemeinsam mit uns für eine faire Vertretung von Frauen in Aufsichtsräten kämpfen wollen, sind ebenso herzlich willkommen.

## **15.12.2011 - 12:00 Uhr Bundespressekonferenz zur Berliner Erklärung**

### **BERLINER ERKLÄRUNG: AUFTAKT FÜR ÜBERPARTEILICHE INITIATIVE VON FRAUENVERBÄNDEN UND PARLAMANTARIERINNEN FÜR MEHR CHANCENGLEICHHEIT IN DER WIRTSCHAFT**

Abgeordnete aller sechs im Bundestag vertretenen Parteien und die Vertreterinnen sechs großer Frauenverbände fordern die tatsächliche Durchsetzung der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Beseitigung bestehender Nachteile für weibliche Karrieren.

Berlin, 15.12.2011: Sechs der führenden Frauenverbände in Deutschland – Business and Professional Women (BPW), Deutscher Juristinnenbund (djb), Deutscher LandFrauenverband, European Women's Management Development (EWMD), Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR), Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) und weibliche Abgeordnete aller sechs im Bundestag vertretenen Parteien verabschieden heute die Berliner Erklärung für eine Stärkung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Führungspositionen der Wirtschaft durch klare gesetzliche Vorgaben. Neben den genannten Initiatorinnen stehen bereits eine Reihe prominenter Erstunterzeichnerinnen hinter der überparteilichen und überfraktionellen Initiative.

Mit der Berliner Erklärung fordern die zwölf Initiatorinnen die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen an den Entscheidungsprozessen in den Führungs- und Kontrollgremien der Wirtschaft. Eine verbindliche und sanktionsbewehrte Mindestquote von zunächst mindestens 30 Prozent für die Aufsichtsräte der börsennotierten, mitbestimmungspflichtigen und öffentlichen Unternehmen soll dazu der erste Schritt sein.

Mit der Berliner Erklärung haben sich erstmals Frauen aller Fraktionen des Deutschen Bundestages gemeinsam zur Frage gesetzlicher Vorgaben mit dem Ziel der Erhöhung des Frauenanteils in den Führungsetagen der Wirtschaft positioniert und gemeinsame Forderungen aufgestellt. Die Verbände würdigen diese gemeinsame Anstrengung der Abgeordneten, insbesondere angesichts der divergierenden Auffassungen zum Thema innerhalb und zwischen den Parteien. Die Verbände begrüßen ausdrücklich, dass eine gemeinsame Position zu dieser wichtigen und grundsätzlichen gesellschaftlichen Frage formuliert werden konnte, die mit einer konkreten Forderung nach gesetzlichen Maßnahmen verbunden ist.

Die Berliner Erklärung bildet den Grundstein für ein breites gesellschaftliches Bündnis, um endlich effektive Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichberechtigung in den Unternehmen auf den Weg zu bringen. Prominente Frauen aus dem gesamten Spektrum von Politik, Verbänden, Wirtschaft und Gesellschaft haben die Erklärung bereits unterschrieben – darunter Senta Berger, Dr. Margarete Haase, Steffi Jones, Alice Schwarzer und Friede Springer.

Die Berliner Erklärung ist ein Aufruf an alle Befürworterinnen und Befürworter einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an den Führungspositionen der deutschen Wirtschaft, ihre Unterstützung durch die Unterzeichnung der Erklärung kenntlich zu machen. Die Berliner Erklärung kann im Internet unter [www.berlinererklaerung.de](http://www.berlinererklaerung.de) unterschrieben werden.

## 16.11.2014 - offener Brief an die Bundesregierung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,  
sehr geehrter Herr Vizekanzler,  
sehr geehrte Mitglieder des Bundeskabinetts,

Sie haben sich in Ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet, den Anteil weiblicher Führungskräfte zu erhöhen und dazu zu Beginn der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und Vorstände einzuführen. Damit wäre nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung ein wichtiger Etappensieg für mehr Gleichberechtigung errungen, den Frauen und Männer aus allen politischen Parteien und aus allen gesellschaftlichen Bereichen möglich gemacht haben.

Bundesministerin Manuela Schwesig und Bundesminister Heiko Maas haben bereits im März dieses Jahres Eckpunkte für ein Gesetz für mehr Frauen in Führungspositionen vorgelegt. Damit setzen Ihre Kollegen die Vorgaben des Koalitionsvertrags um. Der Entwurf ist ein guter erster Schritt für mehr weibliche Führungskräfte in der Privatwirtschaft, auch wenn manche von uns noch weitergehende Regelungen befürworten.

Trotzdem warten wir bisher vergeblich darauf, dass der Gesetzentwurf auf der Tagesordnung des Kabinetts steht. Stattdessen hören wir von immer neuen Störmanövern. Damit muss jetzt Schluss sein! Es ist höchste Zeit, dass Sie den Koalitionsvertrag erfüllen, den Weg frei machen für parlamentarische Beratungen und für die Verabschiedung der Quote für Aufsichtsräte.

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,  
Vorgängerregierungen haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass sie schnell und zügig handeln konnten.

Beispiel Wehrpflicht: Einst als unverzichtbare Errungenschaft der Bundesrepublik gefeiert, wurde sie binnen weniger Monate abgeschafft.

Oder der Atomausstieg, über Jahrzehnte einer der größten politischen Zankäpfel, wurde nach der Katastrophe von Fukushima im Handstreich möglich gemacht.

Wir sind sicher, dass es Ihnen auch bei der Quote gelingen kann, Widerstände zu überwinden. Millionen von Frauen und Männern stehen dabei an Ihrer Seite.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben Mitte Oktober vor einhundert Führungsfrauen zugesagt, dass die Quote kommt, und dies unlängst vor den führenden Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern auf dem Deutschen Arbeitgebertag bekräftigt. Wir freuen uns über Ihre klaren Worte und erwarten, dass die Bundesregierung nun zügig handelt!

Mit freundlichen Grüßen  
Die Initiatorinnen der Berliner Erklärung

Zustimmung zum offenen Brief erwünscht

unter: <http://direktzu.de/kanzlerin/messages/gesetzentwurf-zur-quote-im-kabinett-57288>

<http://www.bild.de/geld/wirtschaft/quotenregelung/offener-brief-gegen-quoten-blockade-38585386.bild.html>

<http://www.berliner-zeitung.de/politik/-bundestag-frauenquote-in-der-cdu,10808018,29059870.html>

<http://www.saalzwei.de/exklusives/artikel/managerinnen-fordern-frauenquote/>

**15.4.2013 - Brief an alle Bundestagsabgeordneten vom 12. April 2013**

**13.4.2011 - Pressemitteilung**

E-Petition der Frauenverbände für Mindestquote von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft veröffentlicht

## **30.09.2015 - Presseerklärung zu den Zielsetzungen der Unternehmen zur Frauenquote**

Wir bleiben dran

Im Jahr 2011 begründeten wir, ein überfraktioneller Zusammenschluss von weiblichen Bundestagsabgeordneten und Frauenverbänden, die „Berliner Erklärung“, um uns gemeinsam zielgerichtet für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen der deutschen Wirtschaft einzusetzen. Zu dem im März 2015 verabschiedeten Gesetz haben die Aktivitäten der „Berliner Erklärung“ wesentlich beigetragen.

Mit dem Quotengesetz heißt es jetzt Farbe bekennen. Die Pflicht zur Veröffentlichung von Fristen und Planungszielen gibt deutschen Unternehmen von nun an die Chance, Zielvorgaben selbst zu definieren und einzuhalten, um den Frauenanteil in Führungspositionen aktiv zu erhöhen. Wir raten dazu, hier auf deutliche Zeichen statt Ausreden und Null-Ziele zu setzen. Die Unternehmen, die keine ambitionierten Ziele anstreben, haben zwar keine Sanktionen zu befürchten, aber dank des wachsenden zivilgesellschaftlichen Bewusstseins nehmen sie durch eine mangelnde Umsetzung Imageschäden in Kauf. Das sollte ihnen bewusst sein. Unsere Aufgabe wird es dabei sein, für die notwendige Transparenz und Evaluation zu sorgen.

Neben diesem Appell an die Unternehmen, fordern wir als Initiatorinnenkreis auch Bundesministerin Schwesig zum Handeln auf. Eine Monitoringstelle im Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sollte die konsequente Umsetzung des Gesetzes prüfen und die Ergebnisse veröffentlichen. Wir bleiben dran und werden unser Ziel, die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte, konsequent weiter verfolgen. Daran halten wir fest. Sollten sich die Unternehmen nicht bewegen, werden wir uns für verbindlichere Quoten einsetzen.

## 23.11.2015 - Offener Brief an die Bundeskanzlerin

Offener Brief an die Bundeskanzlerin

Überfraktionelles Bündnis „Berliner Erklärung“ setzt auf klares Commitment der Kanzlerin und fordert Ende der deutschen Blockade gegen die EU-Aufsichtsrätinnenrichtlinie: „Es ist Zeit für die EU-Richtlinie für Frauen in Leitungsorganen. Gefragt ist ein klares ‚Ja‘ Deutschlands zu einheitlichen Mindeststandards in Europa.“

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

seit 2001 hatten die deutsche Politik und die Verbände beim Thema Chancengleichheit in Führungspositionen der Wirtschaft auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen gesetzt. Dieser Ansatz blieb wirkungslos und ist somit gescheitert. Das am 6. März 2015 im Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst setzt nun endlich einen spürbaren Impuls für Veränderungen in den Unternehmenskulturen.

Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, haben immer wieder deutlich gemacht, dass es eine gesetzliche Regelung geben muss, wenn sich die Wirtschaft nicht genügend bewegt. Als dieser Befund nicht mehr zu übersehen war, haben Sie gehandelt. Das Gesetz ist da. Ihrer konsequenten Haltung zollen wir hohen Respekt.

Auf europäischer Ebene ist Ihr klares Commitment nun erneut gefragt.

Die Europäische Kommission hat am 27. Oktober 2015 das neue Arbeitsprogramm 2016 vorgestellt. Die Kommission setzt darin einen wichtigen geschlechtergleichstellungspolitischen Schwerpunkt. Als langjährige Wegbereiterinnen der gesetzlichen Regelung in Deutschland begrüßen und unterstützen wir nachdrücklich den darin enthaltenen Appell, die seit Jahren verhandelte Richtlinie für europäische Mindeststandards zu Frauen in Leitungsorganen von Unternehmen endlich zu beschließen.

Der von der Europäischen Kommission 2012 initiierte europäische Rechtssetzungsvorschlag (Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen, Ratsdokument 16300/14) sieht in seiner derzeit dem Rat vorliegenden Fassung eine 40%-ige Zielvorgabe für Frauen in Leitungsorganen vor. Unter italienischer Ratspräsidentschaft wurden hierzu Ende 2014 Ausnahmeregelungen aufgenommen. Das geltende deutsche Quotengesetz mit seiner 30%-igen Zielvorgabe in Deutschland würde unter diese Ausnahmeregelungen fallen, so dass in Deutschland zur Umsetzung der Richtlinie keine gesetzlichen Maßnahmen erforderlich sind.

Wir bauen auf Sie, dass Deutschland seine Blockadehaltung im Rat aufgibt. Was wir in Deutschland von Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst gesetzlich fordern, können wir auf europäischer Ebene doch nicht glaubwürdig behindern. Dies umso weniger, als Deutschland von einer europaweiten Regelung durch diese Richtlinie überhaupt nicht mehr betroffen wäre. Eine deutsche Enthaltung und damit Ablehnung des nur noch auf absolute Mindeststandards setzenden Kompromissvorschlages der italienischen Ratspräsidentschaft würde die Glaubwürdigkeit und Vorbildwirkung des gerade erlassenen deutschen Gesetzes erheblich schwächen und wäre damit nicht im nationalen Interesse. Sie unterstützte lediglich die Verweigerungshaltung jener Mitgliedstaaten, die sich selbst minimalen Regelungen für mehr Gleichstellung verwehren.

Am 7. Dezember 2015 tagt der Beschäftigungsrat in Brüssel. Dort könnten die Ministerinnen und Minister der 28 Mitgliedstaaten als nächsten wichtigen Schritt eine allgemeine Ausrichtung annehmen, wenn Deutschland mit einem klaren „Ja“ zustimmt. Bitte schaffen Sie diese Voraussetzung für die Annahme der Richtlinie durch das Europäische Parlament.

Wir sind davon überzeugt, dass ein gemeinsames Bekenntnis der Mitgliedstaaten und Ihr klares Commitment für mehr Frauen in Leitungsorganen auf europäischer Ebene ein wichtiges und unentbehrliches Signal für mehr Geschlechtergerechtigkeit in Europa ist. Die entsprechende Richtlinie wird auch entscheidend zu einem Umdenken in den Mitgliedstaaten beitragen.

Hochachtungsvoll,  
die Initiatorinnen der Berliner Erklärung

Rena Bargsten, Past-Präsidentin EWMD Deutschland e.V.

Stephanie Bschorr, Präsidentin des Verbands Deutscher Unternehmerinnen e.V.

Ekin Deligöz, MdB

Sibylle Laurischk, ehem. MdB

Cornelia Möhring, MdB

Rita Pawelski, ehem. MdB

Ramona Pisal, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes e.V.

Brigitte Scherb, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbands e.V.

Monika Schulz-Strelow, Präsidentin des FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V.

Henrike von Platen, Präsidentin des Business and Professional Women (BPW) Germany e.V.

Dagmar Ziegler, MdB



## 05.06.2016 - Berliner Erklärung für Gleichheit auf dem Gehaltszettel

Das überfraktionelle Bündnis der Berliner Erklärung geht in die nächste Runde. Gestartet sind wir mit dem Ziel, mehr Frauen in die Entscheidungsprozesse der Wirtschaft einzubeziehen – paritätisch und gleichberechtigt. Mit dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen ist der erste große Schritt getan.

Das nächste Ziel: Entgeltgleichheit. Dafür stehen wir im **FairPay-Bündnis** ein. Erreicht ist unser Ziel, wenn jede und jeder an 365 Tagen im Jahr sagen kann:  
HEUTE werde ich fair bezahlt.  
HEUTE bezahle ich fair.

Unterzeichnen Sie jetzt die Online-Petition | FairPlay ist FairPay >> [www.fairpay-heute.de](http://www.fairpay-heute.de)